Ausgabe für Groß-Berlin 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 24. Februar 1926
Mittwoch Morgen

Chefredakteur Dr Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48. Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5970—5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Wert * Kraft und Stoff * Wirtschaft und Recht * Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
24.2.m Nr. 91 10 Pfennig

Reichsregierung und deutsche Einfuhr nach Rußland.

Der deutsch-russische Handelsvertrag sieht die Unterstützung der Reichsregierung bei der Beschaffung von Industriekrediten für das deutsche Einfuhrgeschäft nach Sowjetrußland vor. In diesem Sinne hat die deutsche Regierung, wie mir bereits früher gemeldet haben, ein Projekt ausgearbeitet, das im Interesse der Hebung der deutschen Einfuhr durch die Uebernahme einer Ausfallgarantie die Finanzierung des Russengeschäfts erleichtern soll. Der Regierungsentwurf wird am 24. Februar mit Rücksicht darauf, daß sich auch die Länder an der Uebernahme einer Ausfallgarantie beteiligen wollen, im Reichsrat beraten. Am 25. Februar wird sich der Haushaltsausschuß des Reichstages auf Grund des Berichtes des ad hoc eingesetzten Unterausschusses mit dem Regierungsentwurf beschäftigen.

Infolge der Verhandlungen der verschiedenen gesetzlichen Instanzen und der anscheinend unvermeidbaren bürokratischen Hemmungen sind bereits sechs Wochen verflossen, ohne die Entscheidung gebracht zu haben. Es liegt daher im Interesse der deutschen Industrie, daß baldmöglichst, soweit Reich und Länder in Frage kommen, die deshalbige Grundlage für die Finanzierung des Russengeschäfts durch die Festlegung der Ausfallgarantie geschaffen wird. Je eher die Transaktion zur Durchführung gelangt, desto schneller wird sie sich auf den zurzeit bestehenden Absatzmangel der deutschen Industrie und die herrschende Arbeitslosigkeit günstig auswirken.

Die russische Regierung ist bereit, Aufträge im Gesamtbetrage von 300 Millionen Reichsmark zu geben, und die deutsche Industrie ist ihrerseits unter der Voraussetzung der Ausfallgarantie des Reiches bereit, diese Aufträge zu übernehmen. Wegen der Finanzierung der Geschäfte werden bereits seit längerer Zeit zwischen dem Vertreter Rußlands, Stomonjakoff, und den deutschen Bankengruppe Verhandlungen geführt. Infolge der von einer Industriegruppe des Moskau Ende vorigen Jahres begonnenen Unterhandlungen mit der Sowjetregierung, die einen Zuschuß von 5 Prozent wünscht, ist bisher mit der deutschen Bankengruppe noch keine Einigung erfolgt, da diese glaubt, an Zinsen und Provisionen für die bereits festgestellten Kredite auf einem Satz von 11½ Prozent bestehen zu müssen. Bei der Bedeutung der russischen Aufträge für die deutsche Industrie und bei der Möglichkeit, daß auch fremdes Kapital unter Ausnutzung des Benefizsinns der staatlichen Ausfallsgarantie sich an der Finanzierung dieser Geschäfte beteiligen kann, sowie ferner unter Berücksichtigung der Wichtigkeit eines baldigen Zustandekommens der Verhandlungen mit der Sowjetregierung, die einen Einstieg in den Ausbau der russischen Industrie, ist zu erwarten, daß eine Einigung in der Frage der Finanzierung nicht an der Höhe der Zins- und Provisionssätze scheitern wird.

Da es sich bei den russischen Aufträgen um Maierialien und Maschinen für den Ausbau der russischen Industrie handelt, ist ein Kredit auf vier Jahre in Aussicht genommen. Der Vorschlag der Reichsregierung geht auf Uebernahme einer Ausfallgarantie von 35 Prozent aus, während die Länder eine weitere Ausfallgarantie von 25 Prozent übernehmen sollen, so daß den Industriellen nur ein Risiko von 40 Prozent der Vertragssumme bleibt. Die Gesamtsumme der zu verbürgenden Beträge beläuft sich auf höchstens 300 Millionen Reichsmark. Es bestehen noch Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die Ausfallgarantie des Reiches und der Länder an erster Stelle steht oder erst in Frage kommt, wenn Ausfall oder Verzögerung der rechtzeitigen Rückzahlung 40 Prozent überschreiten.

Geht man von dem politischen Gesichtspunkt aus, daß in der Ausfallgarantie des Reiches und der Länder gewissermaßen das Vertrauen zur Kreditfähigkeit und damit letzten Endes in den Bestand der Sowjetregierung dokumentiert wird, so liegt kein Grund vor, diese prinzipielle Haltung durch den deutschen Regierungen dadurch einzuschränken, daß ihre Ausfallgarantien erst an zweiter Stelle figurieren sollen. Es handelt sich ja nicht darum, gewisse Garantien gegenüber einem „russischen Konkurrenten" zu geben, sondern darum, durch erhöhte Sicherheiten die Wechsel der Sowjetregierung diskontfähiger zu machen und dem deutschen Industriellen die Finanzierung seiner Geschäfte zu erleichtern.

Liegt es der Sowjetregierung daran, den 300-Millionen-Kredit möglichst für den Ausbau verschiedener Industrien auszunutzen, so hat auf der anderen Seite die deutsche Regierung ein Interesse daran, daß weite Kreise der deutschen Industrie auf der Grundlage dieses Kredits am Russengeschäft beteiligt werden. Soweit wir unterrichtet sind, werden die deutschen Firmen Otto Wolff, die soeben einen Vertrag in Höhe von 30 Millionen Reichsmark für Lieferung von Röhren und Materialien für die Naphta-Industrie abgeschlossen hat, und Rawack und Grünfeld, die am Ausbau der ukrainischen Manganindustrie interessiert ist, bei der Finanzierung ihrer Geschäfte die Ausfallgarantie des Reiches und der Länder ebenfalls in Anspruch nehmen. Skr.

Berliner Frühjahrs-Turnier.

Das schwere Jagdspringen am Dienstag abend.

1. Abteilung: 1. Karl Arbans Hannepil (Herzog Franckes) 3 Fehler, 2. Baron III, 7 Fehler, 3. Dombrelle 8 Fehler, 4. Hanko 10 Fehler, 12 Teilnehmer. Toto: 123; Pl. 14, 12, 16, 15 : 10.

2. Abteilung: 1. Waldesmann Leutnant (H. Reich) 0 Fehler, 2. Hartherz 3 Fehler, 3. Reichsgraf 5 Fehler. 8 Teilnehmer. Toto: 40; Pl. 20, 20, 19 : 10.

3. Abteilung: 1. Major Loh' Claud (Bel.) 0 Fehler, 2. Tommy 0 Fehler, 3. Viktoria 3 Fehler. 8 Teilnehmer. Toto: 54; Pl. 13, 15, 14 : 10.

4. Abteilung: 1. Frau Dr. O. Sprengers Rüpel (Major Loh) 4 Fehler, 2. Wasserglanz 4 Fehler, 3. Henry 5 Fehler. 9 Teilnehmer. Toto: 39; Pl. 13, 18, 15 : 10.

5. Abteilung: 1. Freifr. v. Lüttwitz' Nelson (Lt. Barnekow) 0 Fehler, 2. Siegfried 10 Fehler, 3. Pluto 11 Fehler. 6 Teilnehmer. Toto: 30; Pl. 17, 18 : 10.

Genfer Vorkonferenz am 7. März?

Chamberlain und Briand Hand in Hand.

sx. **London**, 23. 2. (Eigenbericht.)

Die Rede Chamberlains in Birmingham ist bereits kurz berichteten. — Red.) war im großen und ganzen eine Wiederholung der in der letzten Woche vor der Auslandspresse gehaltenen Verteidigungsrede, jedoch brachte sie hinsichtlich der

erste positive Andeutung

über die zukünftigen Pläne Chamberlains in der Ratsfrage. Wenn dieselben Männer, die sich in Locarno getroffen hätten, sich noch einmal treffen könnten, so sei er überzeugt, daß jede wohl Meinungsverschiedenheiten zeigen würden, die aber ein endgültiges Uebereinkommen nicht verhindern würden. In zuständigen englischen Kreisen höre ich hierzu, daß eine solche mündliche Besprechung der Locarno-Delegierten anläßlich der Ratstagung in Genf stattfinden könnte, und zwar vor dem förmlichen Zusammentritt des Rates, da es in Genf üblich ist, noch ungelöste Punkte nicht unmittelbar in die öffentliche Ratssitzung zu bringen. Es ist also mit der Möglichkeit zu rechnen, daß man Dr. Stresemann bitten wird, einen früheren Zug nach Genf zu nehmen, um etwa am Sonntag, den 7. März, oder Anfang der Woche mit den übrigen Locarnodelegierten Fühlung zu nehmen. Man legt Wert darauf, daß die ganze Angelegenheit, wenn sie auch offiziell auf der Dezembersitzung behandelt wird, vorher erledigt wird, damit der harmonische Verlauf der Ratstagung gesichert ist, in der Deutschland aufgenommen wird.

In zweiter Stunde soll Deutschland also zu Verhandlungen herangezogen werden. Das Ziel, den Rat irgendwie zu erweitern, steht fest. Pressemeldungen, daß das britische Kabinett sich gegen den Ratssitz Polens entschieden hätte, werden heute durch Reuter

ausdrücklich dementiert.

Aber es wird Wert darauf gelegt, daß die neue Regelung im Einvernehmen mit Deutschland geschieht, wie dies auch in dem heutigen Times-Artikel ausgeführt wurde. Die öffentliche Meinung steht unter dem Eindruck, daß Chamberlain, Briand und Graf Skrzynski sich den deutschen Delegierten gegenüber nicht wie Gentlemen benommen haben, falls sie den polnischen Anspruch in Locarno verheimlichten. Das soll sobald wie möglich wieder gutgemacht werden, wenn auch nicht vielmehr als bei einer äußeren Geste erzielt wird. Man ist sich darüber klar, daß man Deutschland in die schwierigste Lage bringt, wenn man ihm die Wahl zuschiebt, gleich beim Eintritt in den Völkerbund sich als Störenfried zu erweisen oder sich mit dem polnischen Ratssitz abzufinden. Die durch Schweden bedingte feschmauvatige Frist zwischen diesen beiden Ereignissen wird nichts daran ändern, daß sie Ursache und Wirkung sind. Es ist bemerkenswert, daß auch die jetzt im Wortlaut vorliegende einstimmig angenommene Resolution des parlamentarischen Völkerbundkomitees sich in erster Linie gegen das zeitliche Zusammentreffen dieser beiden Ereignisse richtet. An der Stimme haben Mitglieder beider Häuser aus allen Parteien teilgenommen.

Als bisheriges Ergebnis läßt sich feststellen, daß das in Locarno Chamberlain gelitten hat, ebenso der Völkerbundsgedanke in England überhaupt und daß sich Deutschland etwas entäuscht mit einem halben Locarno zufrieden geben muß. In der auch in Birmingham wiederholten These Chamberlains, daß Locarno nur ein Anfang sei, wird man sagen müssen, daß es ein Versuch sei, denn es kommt wohl weniger auf den polnischen oder den spanischen Ratssitz an als auf den Geist des Mitwirkens, der sich in dieser Krise zeigte.

Briand über die Frage des polnischen Ratssitzes.

a. **Paris**, 23. 2. (Eigenbericht.)

Die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten setzte heute ihre Verhandlungen über den Vertrag von Locarno fort. Nach einigen Ausführungen des Berichterstatters Paul-Boncour gab Ministerpräsident Briand der Kommission nähere Erläuterungen über die Bedingungen, unter denen die Verhandlungen in Locarno stattgefunden haben. Einer halbamtlichen Mitteilung zufolge, die in den Abendblättern über die Kommissionsverhandlungen verbreitet wird, betont Briand insbesondere, daß Locarno nur einer keinen anderen Gegenstand als über die veröffentlichten Vertragstexte verhandelt worden sei und daß durch diese Texte alle Rechte Frankreichs, die es aus dem Versailler Vertrage besitze, unberührt blieben.

Zu der Frage eines polnischen Ratssitzes hat Briand sodann folgende Erklärung ab: „All die Polemiken, die man über die Erweiterung des Rates anstanden, sind vollkommen unvernünftig. Die Unterhändler von Locarno hatten sich mit dieser Frage nicht zu beschäftigen. Vor Locarno ist zu keinem Zeitpunkt davon die Rede gewesen. Die Nationen, die daran interessiert sind, haben einfach die durch den Eintritt Deutschlands geschaffene Gelegenheit benutzt, um die Erweiterung des Rates zu verlangen. Das ist ihr gutes Recht, an das von den Unterhändlern von Locarno nicht gerührt werden darf, da es sich aus dem Statut des Völkerbundes selbst ergibt. Wenn man die beteiligten Nationen dieses Problem frei und objektiv verhandeln ließe, würden sie es sicherlich lösen, wie sie bereits so viele andere Probleme gelöst haben, die nicht leichter waren; aber durch verspätete, politisch vorbereitete und durchaus unpassende Polemiken wird man die Lösung nicht erleichtern. In dieser Angelegenheit ist der Völkerbund der beste und der einzige Richter. Ich habe das volle Vertrauen zu ihm, daß er sein Statut in Uebereinstimmung mit den großen Interessen auslegen wird, die ihm anvertraut sind, und daß er sich auch diesmal wieder in voller Unabhängigkeit aussprechen wird, ohne Rücksicht auf die Pressionsversuche, die seine Entscheidung beeinflussen wollen."

Nach einer allgemeinen Aussprache, an der die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder teilnahm, wurde der Bericht Paul-Boncours mit allen gegen vier Stimmen der Rechten angenommen. (Die Kommission hat 44 Mitglieder.) In Uebereinstimmung mit der Regierung wird die Kommission bei der Kammer darauf hinwirken, daß die öffentliche Aussprache über den Vertrag mit Rücksicht auf die bevorstehende Tagung des Rates noch vor Sonnabend beendet werde.

In den Schlußfolgerungen des Berichts von Paul-Boncour findet sich folgende Bemerkung über die

Frage der Rüstungsbeschränkungen:

„Die Locarno-Verträge bedeuten nur eine Etappe, aber sie erlauben dennoch, eine Herabsetzung der Rüstungen ins Auge zu fassen. Der Völkerbund hat bereits mit den vorbereitenden Arbeiten für eine internationale Abrüstungskonferenz begonnen. Frankreich habe zu verstehen gegeben, daß es mit im Verhältnis zu der Sicherheit, die man ihm biete, abrüsten könne. Von dieser Sicherheit, von der Auslegung, die man den Locarno-Verträgen geben wird und von der Zustimmung, die diese Friedenspolitik des Völkerbundes auch auf seiten jener Großmächte finden wird, die heute noch außerhalb des Bundes stehen, wird es abhängen, zu welchem Ergebnis man in der Frage einer allgemeinen Abrüstung gelangen kann."

Polen droht mit Anschluß an Rußland.

a. **Paris**, 23. 2. (Eigenbericht.)

Die Kontroverse über die Ratsfrage dauert fort und nimmt immer deutlicher einen Umfang an, der über die Grenze des Völkerbundpaktes und des Locarno-Vertrages weit hinausgeht. Obgleich die Sachlage an amtlicher Pariser Stelle mit großer Ruhe beurteilt wird, besteht doch kein Zweifel, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten tiefer gehen als alle bisherigen ähnlichen Fragen.

Europa ist offenbar in Gefahr, sich aufs neue in zwei feindliche Lager zu spalten.

Die aus London eintreffende Nachricht, daß Polen mit einem Austritt aus Rußland gedroht habe, wird hier nicht weiter kommentiert, aber man gibt sich natürlich den Anschein, als ob mit einer solchen Möglichkeit ernsthaft zu rechnen wäre. Großbritannien für den Brand der bestehenden Spannung ist auch, daß der

Gedanke einer neuen Konferenz

der Locarno-Mächte aufgetaucht ist. Man will aus der Birmingham-Rede Chamberlains **einen derartigen Vorschlag herausgehört haben** und erblickt sich auf **französischer Seite bereit, einer solchen Anregung zu folgen, wenn sie auch von anderer Seite ausgehen sollte.** Offenbar würde man in einer derartigen Konferenz ein geeignetes Mittel sehen, den englischen Außenminister, der den französischen Standpunkt verschiedentlich in Schutz genommen hatte, gegenüber seinen inneren Gegnern den Rücken zu stärken.

Der „Temps" setzt seine Angriffe gegen die deutsche und einen Teil der englischen Presse unverdrossen fort. Luther und Stresemann hätten zur Zeit der Locarno-Konferenz einen gewissen Ratssitz Polens gewollt, aber er sei inzwischen durch die

wahnsinnige Agitation der deutschen Nationalisten

längst wieder verloren. Es seien in Deutschland in letzter Zeit zu viele offizielle Reden gehalten worden und es hätten zu viele Kundgebungen stattgefunden, als daß man nicht über die wahren Ziele der deutschen Politik unterrichtet wäre. Wenn man jetzt noch etwas von dem Geist und der Politik von Locarno retten wolle, so wäre es höchste Zeit, den falschen Nachrichten und den verleumderischen Angriffen ein Ende zu machen, mit denen die deutschen und gewisse englische Blätter gegenwärtig die politische Atmosphäre Europas zu vergiften suchten.

Wiederaufnahme der Schuldenverhandlungen noch im Februar.

sx. **London**, 23. 2. (Eigenbericht.)

Churchill teilte im Unterhause mit, der französische Finanzminister habe ihn soeben gebeten, daß er noch im Februar zur Wiederaufnahme der Schuldenverhandlungen nach London zu kommen hoffe. Ob es dieser Plan ausführen könne, hänge allerdings noch von dem Verlauf der Finanzdebatte im französischen Parlament ab. Der Franken, der am Sonnabend einen neuen Tiefstand von 137 für das Pfund erreicht hatte, erholte sich heute auf 134,5.

Schluß des Untersuchungsausschusses in Budapest.

Budapest, 23. 2. (Sonderdienst der DAZ.)

Die parlamentarische Untersuchungskommission über die Rotenfälschungen hat heute morgen 11 Uhr ihre letzte Sitzung begonnen, die solange dauern soll, bis die Debatte beendet sind. Der Kommission liegen ein Mehrheitsbericht von 115 Seiten und ein Minderheitsbericht von 85 Seiten vor. Wie wir hören, werden die Ergebnisse der Kommission kein neues oder alarmierendes Licht auf die ganze Angelegenheit werfen. Wahrscheinlich wird der Kommissionsbericht jedoch eine Feststellung des Grafen Bethlen enthalten, daß Graf Telekt ihm vor zwei Jahren Mitteilung davon gemacht hat, daß Windisch-Grätz ein politisches Wenteuer mit Notenfälschungen plane. Die Opposition betrachtet das als eine kompromittierende Entlastung, daß Graf Bethlen erst nach drei Jahren sich an diese Unterredung erinnere. Das ist jedoch nicht geschehen, da der Kommissionsbericht gleichzeitig den Beweis bringt, daß Graf Telekt dem Grafen Bethlen sofort Bericht erstattet hat, daß die Pläne des Prinzen ganz unabrührbar seien und er dem Prinzen von weiteren Experimenten abgeraten habe.

Ferner hat Graf Bethlen dem Chef der Polizei Auftrag gegeben, aufzuwachen, daß der Prinz seine beratig abkurzen Schritte unternehme. Das Kabinett wird dabei den Grafen Bethlen von seinem Verdacht der Mitäterschaft freisprechen, denn die Untersuchung hat nichts zutage gebracht, was das überwältigende Vertrauensvotum einschränken sollte, das Graf Bethlen sicherlich vom Parlament erhalten wird. Die parlamentarische Debatte über den Kommissionsbericht soll oft Tage dauern.

Die ungarische Regierung hat ihren Gesandten in Ankara beauftragt, die Auslieferung eines in die Fälschungsaffäre verwickelten ungarischen Polizeioffiers zu fordern, der sich in die Türkei geflüchtet hat. Sollten hierbei Schwierigkeiten entstehen, so hat der ungarische Gesandte den Auftrag, seinen französischen Kollegen um Unterstützung zu bitten.

Unruhe im Irakparlament.

Türkische Furcht vor einem selbständigen Kurdenstaat.

hp. **Konstantinopel**, 23. 2. (Eigenbericht.)

Die Tumultszenen, die sich im Irakparlament anläßlich der Abstimmung über den Vertrag zwischen England und dem Irak abspielten, finden in der türkischen Presse, die die heftige Opposition der Parlamentarier und der Bevölkerung des Irakgebiets gegen das Abkommen warm begrüßt, einen lebhaften Widerhall. Die von dem britischen Vertreter auf dem Tage der Annahme veranstalteten Festlichkeiten hatten auf das herzlichste willkommen zu heißen und ihnen für den bei der Leitung der Besprechungen des holländischen Dampfers „Alkaid" aus schwerster Seenot gegeben Optimum den Dank Hamburgs auszusprechen. Ich weiß, meine Herren, daß Sie das, was Sie getan haben, als Seemannspflicht empfinden und daß, wie jede gute Tat, auch die Ihrige den besten Lohn in ihrem Gefolge hat. Aber lassen Sie mich darauf hinweisen, daß Sie sich auch durch Ihr mutiges Handeln für das Vaterland Verdienste erworben haben. Sie haben nämlich der Welt wieder einmal vor Augen geführt, daß der Geist hilfreicher Menschlichkeit im deutschen Seemannsherzen lebendig ist, und Sie haben ferner auch bei der Rettungstat eine allgemein bewunderte

seemännische Leistung

vollbracht. Daß das Auffinden der „Alkaid" nur durch die hervorragenden technischen Einrichtungen, deren sich die Schiffe unserer Hamburg-Amerika-Linie erfreuen, möglich war, darf ich wohl weiter betonen. Lassen Sie mich noch hinzufügen, daß wir Hamburger mit besonderem Dank anerkennen, wie warmherzig man Sie in dem fernen Argentinien empfangen hat. Sie in dem fernen Argentinien empfangen hat. Es war uns eine Freude sein, amerikanischen Seeleuten einmal Gleiches zu vergelten, wie sie es gegenüber zu können. Indem ich Ihnen nun, sehr verehrter Herr Kapitän Graalfs, die Ehrenurkunde des Senats überreiche, in der er Offizieren und Mannschaften der „Westphalia" seinen unseren Dank und Anerkennung aus."

Dann

Reichspräsidenten v. Hindenburg

traf folgendes Telegramm ein: „Ihnen und der Besatzung der „Westphalia" verdankt eine schwergefährdete Schiffsmannschaft ihre Rettung aus Seenot. Ich begrüßewunsche Sie und Ihre Besatzung zu dem Gelingen des Rettungswerkes und spreche Ihnen allen für den Mut und die Selbstaufopferung, die Sie hierbei bewiesen haben, im Namen des Reiches Dank und Anerkennung aus."

Neubesetzung des Posener Generalkonsulats.

lz. **Danzig**, 23. 2. (Eigenbericht.)

Der Bromberger „Deutsche Rundschau" zufolge soll der gegenwärtig in Urlaub befindliche deutsche Generalkonsul Dr. v. Hentig für einen anderen Posten im auswärtigen Dienst ausersehen sein. Als sein Nachfolger in Posen wird der bisherige Generalkonsul in Odessa, Dr. Bassel, genannt. Einstweilen werden die Geschäfte durch den Vizekonsul Macdean wahrgenommen.

lz. **Danzig**, 23. 2. (Eigenbericht.) Zwischen Danzig und Genf ist von sofort an der beschränkte Fernsprechverkehr eingerichtet worden.

Die „Westphalia" in Hamburg.

Der Dank des Reichspräsidenten.

mk. **Hamburg**, 23. 2. (Eigenbericht.)

Der Kapitän und die Mannschaft des Dampfers „Westphalia", die auf der Reise nach New York die Mannschaft des holländischen Dampfers „Alkaid" gerettet haben, wurden heute in ihrer Heimatstadt Hamburg mit Auszeichnungen bedacht. Die von dem britischen Vertreter auf dem Tage der Annahme veranstalteten Festlichkeiten hatten auf das herzlichste willkommen zu heißen und ihnen für den bei der Leitung der Besprechungen des holländischen Dampfers „Alkaid" aus schwerster Seenot gegeben Optimum den Dank Hamburgs auszusprechen. Ich weiß, meine Herren, daß Sie das, was Sie getan haben, als Seemannspflicht empfinden und daß, wie jede gute Tat, auch die Ihrige den besten Lohn in ihrem Gefolge hat. Aber lassen Sie mich darauf hinweisen, daß Sie sich auch durch Ihr mutiges Handeln für das Vaterland Verdienste erworben haben. Sie haben nämlich der Welt wieder einmal vor Augen geführt, daß der Geist hilfreicher Menschlichkeit im deutschen Seemannsherzen lebendig ist, und Sie haben ferner auch bei der Rettungstat eine allgemein bewunderte

seemännische Leistung

vollbracht. Daß das Auffinden der „Alkaid" nur durch die hervorragenden technischen Einrichtungen, deren sich die Schiffe unserer Hamburg-Amerika-Linie erfreuen, möglich war, darf ich wohl weiter betonen. Lassen Sie mich noch hinzufügen, daß wir Hamburger mit besonderem Dank anerkennen, wie warmherzig man Sie in dem fernen Argentinien empfangen hat. Es war uns eine Freude sein, amerikanischen Seeleuten einmal Gleiches zu vergelten, wie sie es gegenüber zu können. Indem ich Ihnen nun, sehr verehrter Herr Kapitän Graalfs, die Ehrenurkunde des Senats überreiche, in der er Offizieren und Mannschaften der „Westphalia" seinen unseren Dank und Anerkennung aus."

Dann

Reichspräsidenten v. Hindenburg

traf folgendes Telegramm ein: „Ihnen und der Besatzung der „Westphalia" verdankt eine schwergefährdete Schiffsmannschaft ihre Rettung aus Seenot. Ich begrüßewunsche Sie und Ihre Besatzung zu dem Gelingen des Rettungswerkes und spreche Ihnen allen für den Mut und die Selbstaufopferung, die Sie hierbei bewiesen haben, im Namen des Reiches Dank und Anerkennung aus."

Neubesetzung des Posener Generalkonsulats.

lz. **Danzig**, 23. 2. (Eigenbericht.)

Der Bromberger „Deutsche Rundschau" zufolge soll der gegenwärtig in Urlaub befindliche deutsche Generalkonsul Dr. v. Hentig für einen anderen Posten im auswärtigen Dienst ausersehen sein. Als sein Nachfolger in Posen wird der bisherige Generalkonsul in Odessa, Dr. Bassel, genannt. Einstweilen werden die Geschäfte durch den Vizekonsul Macdean wahrgenommen.

lz. **Danzig**, 23. 2. (Eigenbericht.) Zwischen Danzig und Genf ist von sofort an der beschränkte Fernsprechverkehr eingerichtet worden.

Der lateinamerikanische Gedanke.

Von unserem Berichterstatter.

J. J. Mexiko, im Februar.

Von Mexiko bis Argentinien erinnert man sich mehr und mehr an die gemeinsame Abstammung, Kultur und Zivilisation. Der Tacna- und Arica-Streit brachte bereits vor etwa vier Jahren die gesamte öffentliche Meinung Lateinamerikas in Aufregung. Ueber ein starkes Rauschen im Zeitungswald Lateinamerikas ging es damals freilich noch nicht. Bei dem jetzigen Konflikt verdichtete sich die Stellungnahme der lateinamerikanischen Völker bereits zu Kundgebungen des Volks selbst. So z. B. in Mexiko, wo vor einigen Monaten, als der Ausbruch eines Krieges zwischen den beiden Nivalen Chile und Peru drohte, Straßenkundgebungen gegen einen solchen Bruderkrieg stattfanden, wobei als praktisches Ergebnis die Selbstgestaltung, Aufforderung der gesamten lateinamerikanischen Arbeiterschaft zum Proteststreik gegen den Krieg zu erwähnen wäre. Gleichzeitig richteten die mexikanischen Arbeiter ein gleiches Gesuch an die organisierten Genossen Nordamerikas. Man sieht, daß in den letzten vier Jahren das Zusammengehörigkeitsgefühl der Lateinamerikaner bereits aus den Redaktionsstuben in die Massen gedrungen ist.

Als nach dem Weltkriege ein Krieg zwischen den kleinen mittelamerikanischen Republiken Kostarika und Panama ausbrach, nahm das gesamte lateinamerikas für Kostarika Partei, weil man in Panama mehr einen außenstehenden Staat unter nordamerikanischer Führung erkannte. Damals verstärkte sich das Zusammengehörigkeitsgefühl zu der materiellen Unterstützung Kostarikas durch die mittelamerikanischen und teilweise auch nördlichen südamerikanischen Staaten in der Form von gebeimen Truppensendungen und Zufuhr von Material und Geschützen. Die nordamerikanische Diplomatie hielt es damals für klüger, den siegreichen Kostarika nicht in den Arm zu fallen, sondern ihn die Siegesbeute in der Gestalt eines Fetzen Landes zukommen zu lassen.

Anfang 1925 griff der amerikanische Außenminister Mr. Kellogg den mexikanischen Präsidenten Calles scharf an und konzeite mit der mexikanischen Regierung das ganze mexikanische Volk brüsk ab. Darauf erfolgte von Argentinien bis Guatemala ein Ruf der Parteinahme für Mexiko und seinen Präsidenten, wobei die Stellung des Aufenlandes als Schiedsrichter der lateinamerikanischen Welt gegen angelsächsische Bedrohung viel unterstrichen wurde. Auch bei dieser Gelegenheit folgten den hiesigen Worten des nordamerikanischen Diplomaten keine harten Taten. Im Gegenteil. Man schickte den obberwähnten amerikanischen Gesandten Mr. Sheffield wieder nach Mexiko zurück und ließ verkünden, daß man es gar nicht so ernst gemeint habe. Es macht den Eindruck, als ob man auch bei dieser Gelegenheit in Washington vor dem lateinamerikanischen Zusammenhalt, so sehr er auch noch sein mag, ausgebogen sei.

Doch kehren wir zum chilenisch-peruanischen Konflikt zurück. Wieder regt sich die lateinamerikanische öffentliche Meinung und inimm Partei für Chile und für Peru, die man als Typen nordamerikanischen Raubes bezeichnet. Man kann nun allerdings kaum annehmen, daß an diesen Bekundungen etwas Wahres ist. Eine Parteinahme Nordamerikas für einen der beiden Gegner würde eine weitere bedeutende Stärkung des lateinamerikanischen Zusammengehörigkeitsgefühls mit sich bringen. Nordamerika könnte durch eine Parteinahme für Peru eine militärische Schwächung Chiles und dessen eventuellen Verbündeten erreichen. Doch was würde dies gegen die geschlossenen Schaden durch einen südamerikanischen Bund und einen geeinten Lateinamerika würde vor die Schicksalsfrage gestellt werden: Entweder europäisch oder nordamerikanisch oder japanisch, mit anderen Worten: entweder weiße Christen und auf seiten der weißen Rasse und Kultur oder asiatisch und auf seiten der Farbigen. Da das farbige Element in Lateinamerika in der Ueberzahl ist, ständen dem Zusammenschluß keine allzu großen Widerstände gegen einen Bund mit den Gelben gegenüber. Eine solche künftige Entscheidung würde zu einem Zeitpunkt nicht mehr in Washington, sondern auch der europäischen Politik werden. Denn während Nordamerika den Süden als Absatzgebiet für Waren und Kapital braucht, hat Europa lateinamerika für den Absatz und Bezug von Waren und als Kolonisationsland seiner überschüssigen Bevölkerung dringend nötig. Während aber das farbige Element in den meisten Staaten lateinamerikas die politische Macht besitzt, ist das weiße Element zum großen Teil (Chile und Argentinien ausgenommen) zur politischen Ohnmacht verurteilt. Die Kämpfe der letzten etwa hundzig Jahre zwischen Konservativen alias Weißen und Liberalen alias Farbigen haben fast auf der ganzen Linie zum Sieg der Liberalen geführt. Es wäre daher durchaus nicht undenkbar, daß die herrschenden Bevölkerungsschichten zu einem Bündnis mit den Asiaten drängten, aus deren Banden sie später nicht mehr freikommen würden.

Nun stellen sich der Verwirklichung des lateinamerikanischen Zusammenschlusses allerdings noch besonders ernst zu nehmende Hindernisse entgegen, mit denen man in Washington zweifelsohne rechnet: die Eifersüchteleien der heute noch in vielen lateinamerikanischen Staaten regierenden absoluten Herrscher unter sich. Diese Männer würden bei einem Zusammenschluß der Staaten in einen großen Bundesgefüge ihre Macht verlieren. Diese Eifersüchteleien brachten u. a. auch das bereits verwirklichte Staatengebilde der Vereinigten Staaten von Mittelamerika, bestehend aus Guatemala, Honduras, Kostarika, Salvador und Nicaragua, wieder zum Scheitern, dessen Gründung bereits 1921 ge-

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Aktienmarkt.

Devisenkurse von 3 Uhr nachmittags.

	23. 2.	20. 2.		23. 2.	20. 2.
Tägl. Geld	5 vH.	—	Amsterd.	40,04	40,05
Berlin	23,80–23,82	23,80–23,83	Zürich	19,24½	19,25¼
Brüssel	—	—	Oslo	21,70	21,45
London	—	—	Kopenh.	25,98	26,05
Kabel Tr.	4,86,30	4,86,42	Prag	2,96	2,96½
Lond. 60T.	4,82,00	4,82,00	Wien	4,01,62	4,01½
Paris	3,63,00	3,56,00	Budapest	14,10	14,09
Brüssel	4,54,50	4,54,25	Silber	66¾	66¾

New York, Produktenmarkt.

	23. 2.	20. 2.		23. 2.	20. 2.
Kaffee Santos	23½/¼		Chicago:	—	—
Rio Nr. 7	19½		Weizen Mai	35,50	—
Mais	18,30		Schmalz Mai	15,50	15,42½
Mai	18,05		Talg	10	10
Juli	17,61		Am. Baumwolle	11,65	11,65
Zucker	17,20		Mais	11,71	11,68
Kupfer	16,90		Petroleum, raff.	18,40	18,40
Baumwolle	20,90	20,75	Kaffee	5,00	5,00
Mai	20,09	20,27	Stand. Whi.	15,00	15,00
April	19,79	19,96	Pennsylv. Roh.	3,90	3,90
Mai	19,53	19,71	Kupfer Elektr.	2,37	—
Juli	18,91	19,08	Mais	2,50	2,50
Zucker	36 000	13 000	Mai	2,62	—
Kaffee elektr.	141–142		Kautsch. prompt	57¼	59¼
Lima	65,00		chart	55¼	58¼
Rio	9,15		Terpentin	96¼	97
Zink	7,80		Wolle	89	90
Zinn	21,75		Rosinen, K. Nr.	19,66	19,72

	23. 2.	20. 2.		23. 2.	20. 2.
Chem. Fab.	197½	197	Mich. Sp.	7,50	8,00
Harvester	129½	126	Harv. Corp.	1/9–2/3	1/9–2/3
Mais	83¼	83¼	Continent.	8 - 11 cts	8 - 11 cts

Chicago, Produktenmarkt.

	23. 2.	20. 2.		23. 2.	20. 2.
Weizen Mai	169½	169	Schmalz Mai	15,12½	15,05
Juli	147	148½	Rippen Mai	15,80	15,37½
Mai	78½	79½	Speck	16,12½	16,00
Juli	82½	82¾	Getreide	12,10	12,00
Hafer Mai	41¼	42¼	Schweine	13,40	13,50
Juli	42¼	42¾	Schweine	11,35	11,40
Roggen Mai	95	96½	Schweine	10,00	11,95
Juli	96	98¼	Zufuhr	Chicago 70 000	3 000
Kanada Nr.	14,82½	14,75		Westen 212 000	33 000